

**Ratsfraktion**

**Gelsenkirchen**

Rat der Stadt Gelsenkirchen

Frau Oberbürgermeisterin  
Karin Welge

Hans-Sachs-Haus  
Zimmer Nr. 207  
Ebertstr. 11  
45879 Gelsenkirchen

Tel.: 0209 – 169 2497  
Fax: 0209 – 169 5313

e-mail: [linksfraktion@gelsenkirchen.de](mailto:linksfraktion@gelsenkirchen.de)  
[www.linksfraktion-gelsenkirchen.de](http://www.linksfraktion-gelsenkirchen.de)

20.01.2021

**Antrag zur Sitzung des Rates der Stadt am 10.02.2022**

**Energiearmut verhindern: Lokale Hilfe durch Härtefallfonds, Nichtprüfungsgrenze u.a.**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Linksfraktion beantragt gemäß §7 GeschO, den nachfolgenden Beschlussvorschlag auf die Tagesordnung der anstehenden Ratssitzung aufzunehmen.

Der Rat der Stadt möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der ELE, Gelsenwasser und dem Jobcenter ein Konzept gegen Energiearmut zu entwickeln und eine entsprechende Vorlage schnellstmöglich auf den Beratungsweg zu bringen. Dieses Konzept soll u.a. folgende Zielsetzungen beinhalten:

1. Das Aussetzen der Strom-, Gas- und Wassersperren in sozialen Härtefällen. Dazu
  - a) wird ein Härtefallfonds eingerichtet. Die Verwaltung ermittelt die Gesamtzahl der jeweiligen Sperren, entwickelt Kriterien für Härtefälle, definiert den antragsberechtigten Personenkreis (z.B. Empfänger:innen von SGB II, SGB XII, Wohngeld und andere

- Geringverdiener) und führt Gespräche mit der ELE zur Finanzierung des Härtefallfonds;
- b) prüft die Verwaltung die Einführung eines Runden Tisches gegen Energiearmut zur Verhinderung von Strom-, Gas- und Wassersperren in Zusammenarbeit mit den Grundversorgern;
  - c) findet mehr Aufklärung der Bevölkerung in den an meisten genutzten Sprachen statt über die Möglichkeiten, Strom- und Gassperren zu verhindern, einschließlich der Benennung von Anlaufstellen beim Sozialamt, dem JobCenter, bei den Grundversorgern, den Verbraucherberatungsstellen, den Beratungsstellen der Wohlfahrt und den Mietervereinen.
2. Die Anhebung der Nichtprüfungsgrenze für Heizkosten bei SGB II- und SGB XII-Bezieher:innen proportional entsprechend den gestiegenen Energiekosten und die jährliche Überprüfung dieser Grenze.
  3. Die Prüfung des Ausbaus von Hilfsangeboten und der Vernetzung mit bereits bestehenden Angeboten. Dazu gehört auch die Prüfung, ob und wie die allgemeine soziale Beratung in den Stadtteilzentren personell verstärkt werden kann für präventive Angebote und zur Unterstützung von Menschen, die von Energiearmut betroffen sind.

#### Begründung:

Menschen im Dunkeln bzw. im Kalten sitzen zu lassen ist in der heutigen, technisierten Gesellschaft unwürdig, unzumutbar und ein gesellschaftspolitischer Skandal. Auch wenn vor allem der Bund in der Pflicht ist, die absehbar zunehmende Energiearmut zu verhindern, muss die Stadt Gelsenkirchen ihre Möglichkeiten nutzen. Sie ist letztlich politisch für die Grundversorgung verantwortlich. Deswegen muss sie alles tun, um Strom und Gassperren zu verhindern.

Ein Notfallfonds kann in sozialen Härtefällen den Menschen helfen, ihre Energierechnungen zu begleichen. Damit die Betroffenen überhaupt wissen, mit welcher Unterstützung sie im Notfall rechnen können, ist eine verstärkte Aufklärung darüber notwendig. Die bestehenden Hilfs- und Unterstützungsangebote reichen aber absehbar nicht aus und sollten ausgebaut und weiter vernetzt werden. Dazu kann ein Runder Tisch gegen Energiearmut beitragen, wie es das Beispiel anderer Städte zeigt.

Auf Bundesebene ist eine deutliche Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze unabdingbar. Die darin enthaltene Pauschale z.B. von 36,42 Euro für Strom für eine Einzelperson reicht nicht aus. Da die Hartz-IV-Sätze kaum erhöht worden sind, rechnen Verbraucherschützer und Beratungsstellen mit noch mehr Strom- und Gassperren.

Die Kommunen können die Not nur lindern, sollten aber ihre Möglichkeiten nutzen, um den Betroffenen zu helfen. Auf städtischer Ebene kann beispielsweise die Nichtprüfungsgrenze für Heizkosten so angehoben werden, dass sie mit den steigenden Preisen mithalten kann. So kann es verhindert werden, dass sich immer mehr KdU-Empfänger für ihre steigenden Heizkosten rechtfertigen müssen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Gatzemeier  
Fraktionsvorsitzender